

## „Gewaltprävention in der Schule“

|                 |   |
|-----------------|---|
| Projektleitung: | Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka  |
| Durchführung:   | Dr. Birgitt Haller<br>Mag. <sup>a</sup> Karin Stögner   |
| Finanzierung:   | Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Sektion V;<br>MA 57 / Frauenbüro der Stadt Wien |
| Fertigstellung: | April 2004  |

Auszug aus dem Projektbericht des Instituts für Konfliktforschung (Seiten 70 – 74):

Als eine weitere Expertin aus dem Bereich Mediation befragten wir Monika Korber von der *Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) Wien*.<sup>62</sup> Sie ist Mitarbeiterin der *Soforthilfe und Clearingstelle (SOFHI)* der KJA Wien. Hier soll schnelle und unbürokratische Hilfe für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden, die von (körperlicher und sexueller) Gewalt betroffen sind. Die Arbeit der SOFHI lässt sich unterteilen in: Beratung für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche und deren nicht-gewalttätige Angehörige, Organisation und Initiation von Psychotherapien, Prozessbegleitung und die Organisation von Helferkonferenzen.

Monika Korber ist Psychotherapeutin, Mediatorin und Leiterin eines *Schulmediationsprojektes*, das seit einem Jahr an den acht Schulen des neunten Wiener Gemeindebezirks (fünf Volksschulen, eine kooperative Mittelschule, zwei AHS) in Zusammenarbeit mit der KJA durchgeführt wird. Die Kosten dafür werden vom Bezirk Alsergrund und der KJA bestritten. Das Pilotprojekt war für ein Jahr vorgesehen und wurde heuer um ein weiteres Jahr verlängert. Es besteht Interesse an einer dauerhaften Implementierung von Mediation in allen Alsergrunder Schulen. Im ersten Halbjahr (März bis Oktober 2003) wurden 31 Mediationen durchgeführt, daran nahmen 134 SchülerInnen im Alter von sieben bis vierzehn Jahren teil. Dies lässt vermuten, dass dem Angebot hohe Akzeptanz in den Schulen zukomme. Die MediatorInnen würden in Krisenfällen oder auch präventiv von den VertrauenslehrerInnen kontaktiert, die jeweilige Konfliktlösung finde je nach Anforderungen in der Schule, in den Räumlichkeiten der KJA oder in den Praxen der involvierten MediatorInnen statt.

Mithilfe der *Mediation* sollen nicht nur anstehende Konflikte gelöst werden, sondern die SchülerInnen auch lernen, eigenverantwortlich Probleme zu lösen. Verantwortungsbewusstsein sowie soziale Kompetenzen würden solcherart gefördert. Längerfristig habe Mediation zur Folge, dass die SchülerInnen leistungsfähiger und weniger verhaltensauffällig seien, das Schulklima verbessert und Eltern wie Lehrkräfte entlastet würden. Außerdem sei Mediation ein probates Mittel gegen Gewaltanfälligkeit in der Schule.

An den Wiener Schulen komme es zwar zu *körperlicher Gewalt* unter SchülerInnen, die Situation sei diesbezüglich jedoch nicht dramatisch. Werde der Gewaltbegriff jedoch auch auf andere Bereiche ausgedehnt, sodass er insbesondere auch psychische und verbale Gewaltformen sowie strukturelle Gewalt umfasse, ändere sich das Bild zum Negativen.

---

<sup>62</sup> Die folgende Zusammenstellung beruht auf einem Gespräch mit Monika Korber sowie auf dem Jahresbericht 2003 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien.

Als Mediatorin habe sie mit sehr wenigen Fällen *sexueller Gewalt* in der Schule zu tun. Mehr als 80 Prozent der Missbrauchsfälle würden im Familien- bzw. Bekanntenkreis stattfinden.

*Geschlechtsunterschiede* ließen sich vor allem in den angewendeten Gewaltformen konstatieren: Während Jungen eher zu körperlicher Gewalt tendierten, bedienten sich Mädchen tendenziell stärker anderer Formen von Gewalt wie etwa Mobbing, Ausschluss anderer, Gruppenbildungen innerhalb der Klasse, Festsetzen eines Sündenbocks und dergleichen.

Auffällig sei, dass *Hauptschulen* am offensten gegenüber Mediation seien. Die Akzeptanz sei in den AHS mittlerweile zwar auch gegeben, es dauere dort jedoch länger, zu den Problemen vorzudringen. In Bezug auf die häufige Annahme, dass in den Hauptschulen mehr SchülerInnen verhaltensauffällig seien als in den AHS, meint Monika Korber, dass dies den unterschiedlichen Wahrnehmungshaltungen geschuldet sei. In den Hauptschulen seien die Lehrkräfte oft pädagogisch besser geschult und engagierter, Probleme ans Tageslicht zu bringen. Viele HauptschullehrerInnen bemühten sich, die Klassen- und Gruppendynamiken transparent zu machen, und wären geneigter als andere, Hilfe von außen etwa in Form von Mediation anzunehmen. In Volksschulen würden die LehrerInnen oft zu lange versuchen, Probleme selbst zu lösen. Insgesamt vermutet die Gesprächspartnerin, dass die Ausgangslage in allen Schultypen eine ähnliche sei und es von der jeweiligen Schulleitung und Organisation der Schule abhängen, wie mit den Problemen umgegangen werde.

Die *psychische Belastung der Lehrkräfte* sei in allen Schultypen enorm, vermutlich hätten die LehrerInnen an höheren Schulen (AHS, BHS) die größten Probleme, weil an den Universitäten die pädagogische Ausbildung für ein Lehramt nach wie vor äußerst mangelhaft sei. Verglichen mit AbsolventInnen der Pädagogischen Akademien hätten die an den Universitäten ausgebildeten LehrerInnen einen Aufholbedarf insbesondere hinsichtlich verschiedener pädagogischer Zugänge sowie Kompetenzen in Krisenmanagement. Jedoch auch die Haupt- und VolksschullehrerInnen benötigten im Grunde laufend Weiterbildung. Das größte Problem sei, dass die Lehrkräfte mit den schulischen Problemen allein gelassen würden, woraus sich zwangsläufig Frustration und Demotivierung ergebe.

Monika Korber nennt vor allem zwei Bereiche, wo anzusetzen wäre, um die Situation in den Schulen nachhaltig zu verbessern. Zum einen sei es dringend notwendig, dass alle LehrerInnen begleitende *Supervision* bekämen: Diese müsse kostenlos sein und während der Dienstzeit stattfinden, um die Motivation, diese Hilfe anzunehmen, auch zu gewährleisten. In anderen Berufsfeldern sei Supervision seit langer Zeit fest im Berufsbild verankert; beim Lehrberuf herrsche diesbezüglich enormer Nachholbedarf. Zum anderen sei eine *Reduktion der SchülerInnenzahl* pro Klasse notwendig: Dies habe einerseits oft entscheidenden Einfluss auf die Gruppendynamik unter den SchülerInnen, und andererseits werde die Belastung für die Lehrkräfte reduziert. Die oft geforderte Klassenvorstandsstunde habe nur dann Sinn, wenn die/der betreffende LehrerIn auch entsprechend ausgebildet sei und das Vertrauen der Klasse genieße. Es sei sinnvoller, mittels einer Umfrage bei den SchülerInnen herauszufinden, wem Vertrauen entgegengebracht werde, sonst könne dieses an sich gute Instrument kontraproduktiv sein.

*Peer-Mediation* sei im Grunde eine gute Sache, greife als Präventions- und Interventionsinstrument jedoch insofern zu kurz, als derart lediglich Konflikte zwischen SchülerInnen behandelt werden könnten. Sehr oft jedoch seien in den entscheidenden Konflikten Erwachsene (LehrerInnen, Eltern) involviert. Außerdem könnten die Gespräche mit Peer-MediatorInnen oft nur zu für SchülerInnen sehr unattraktiven Zeiten stattfinden, etwa in den Pausen oder nach Unterrichtsschluss, da keine eigenen Unterrichtseinheiten dafür vorgesehen seien. Dies habe freilich wiederum Auswirkungen auf die Motivation der SchülerInnen, von diesem Angebot auch Gebrauch zu machen.

Hinsichtlich der *Integration von Behinderten* im Schulbetrieb merkt Monika Korber an, dass auch hier das Funktionieren sehr stark von den jeweiligen Lehrpersonen abhängt. In manchen Fällen sei zu beobachten, dass die LehrerInnen sich besonders intensiv um behinderte SchülerInnen kümmern, was den Neid der MitschülerInnen zur Folge haben könne.

Es sei zwar ein Zusammenhang zwischen schulischer Gewalt und dem *Herkunftsmilieu* der SchülerInnen (Familienverhältnisse, Migrationshintergrund, soziale Schicht etc.) gegeben, daraus ließen sich jedoch keinesfalls verallgemeinernde Aussagen ableiten, da die Ausnahmen zahlreich seien. In manchen Fällen sei *Rassismus und Nationalismus* ein großes Problem, etwa bei Kindern aus Tschetschenien, die oft mit unaufgearbeiteten Kriegserfahrungen konfrontiert seien. Die Hauptursache für diese Probleme liege darin, dass den betroffenen Kindern nicht das gewährt werde, was sie tatsächlich brauchten, nämlich eine Psychotherapie, sondern dass sie in eine Schulklasse gesetzt würden und dort funktionieren und sich ruhig verhalten sollten. Meist werde auch der Kulturschock nicht abgefedert, wodurch es zu ernsthaften Identitätskonflikten bei den Kindern kommen könne. Die Folge dieser Probleme sei, dass die betreffenden Kinder verhaltensauffällig würden. Die LehrerInnen ihrerseits seien von all den Anforderungen der Erziehung, die immer häufiger auf sie übertragen würden, überfordert. Was hier fehle, seien konkrete *Integrationsmaßnahmen*, die Wirkung dahingehend zeigen würden, dass fundamentalistische Strömungen weniger Zulauf bei Jugendlichen hätten. Es lasse sich also durchaus plakativ formulieren: Je mehr Integration, desto weniger Gewalt in den Schulen.

Den gesamten Projektbericht finden Sie unter

[http://www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention/Gewaltpraevention\\_Studie\\_Haller.pdf](http://www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention/Gewaltpraevention_Studie_Haller.pdf)